

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY

MATHIAS KOCH

Dezember 2017

www.kas.de/bruesselwww.kas.de/bruessel

Analyse: Die neue österreichische Regierung Sebastian Kurz

Als der Vorsitzende der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), Sebastian Kurz, am 18. Dezember als 29. österreichischer Bundeskanzler angelobt wurde, lag ein bemerkenswertes Jahr hinter dem erst 31-Jährigen bisherigen Außenminister. Noch Anfang des Jahres 2017 lag die ÖVP unter ihrem damaligen Vorsitzenden Reinhold Mitterlehner in Umfragen bei teils unter 20 Prozent. Kurz, der im Mai den Vorsitz übernahm und die Koalition mit der sozialdemokratischen SPÖ daraufhin beendete, gelang es im anschließenden Wahlkampf, die SPÖ und die rechtspopulistische FPÖ zurückzudrängen – nicht zuletzt durch eine sehr migrationskritische Kampagne. Die von Kurz geführte neue Koalition zwischen der ÖVP und der FPÖ setzt nun auf Entlastung der Bürger, wirtschaftliche Stärke, Bildung, und den Kampf gegen illegale Migration. Unter kritischer Beobachtung der Öffentlichkeit wird vor allem die FPÖ stehen.

Von einer Politik, die den Menschen dient, anstatt sie zu bevormunden, sprach der neu angelobte österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz am 20. Dezember 2017 in seiner ersten Regierungserklärung vor dem österreichischen Nationalrat. Knapp zwei Monate verhandelten ÖVP und FPÖ über die gemeinsame Koalition. „Wir haben schon in den Verhandlungen einen guten Umgang miteinander gefunden und wollen diesen auch in Zukunft leben,“ so Kurz über die Zusammenarbeit der beiden Parteien.

Die Verhandlungen für die türkis-blaue Koalition begannen am 25. Oktober 2017, nur zehn Tage nach der National-

ratswahl, bei der die ÖVP mit 31,52 Prozent der Stimmen vor der sozialdemokratischen SPÖ (26,86 Prozent) und der rechtspopulistischen FPÖ (26,04 Prozent) landete.

Dass die Verhandlungen schon so früh nach der Wahl aufgenommen wurden, zeigt, dass die Parteien sich bereits im Wahlkampf inhaltlich angenähert hatten. Es war deshalb kaum an einem Zustandekommen der Koalition gezweifelt worden, während die insgesamt 25 Verhandlungsgruppen nahezu geräuschlos tagten. Bemerkenswert ist insbesondere, wie wenig Information über den Verhandlungsverlauf außerhalb der wöchentlichen Presse-Statements nach außen drang. Kurz hat ein kontrolliertes Kommunikationsmanagement eingeführt, das die Außenwahrnehmung nicht nur des Wahlkampfes, sondern auch der Koalitionsverhandlungen prägte. Einige ÖVP-Funktionäre scherzten sogar, über die FPÖ sei mehr Information zu erhalten als parteiintern.

In der Tat verließ sich der neue Parteivorsitzende Kurz in den Verhandlungen, wie auch im vorhergehenden Wahlkampf, vor allem auf eine kleine Gruppe persönlicher Vertrauter. Der sogenannten Steuerungsgruppe, welche die Verhandlungen auf Seiten der ÖVP leitete, gehörten neben Kurz die Nationalratspräsidentin Elisabeth Köstinger und der Generalsekretär Stefan Steiner, ÖVP-Wien-Chef Gernot Blümel und Casinos-Vorständin Bettina Glatz-Kremsner an. Auf der FPÖ-Seite verhandelten Parteiboss Heinz-Christian Strache, sein Vize Norbert Hoffer, Generalsekretär Herbert Kickl, Klubdirektor Norbert Nemeth und die Abgeordnete Anneliese Kitzmüller.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
MATHIAS KOCH

Dezember 2017

www.kas.de/bruessel

Auf der ÖVP-Seite hatte sich Kurz bei der Übernahme des Parteivorsitzes bereits weitreichende Vollmachten für die Koalitionsverhandlungen und die Besetzung der Kabinettsposten gesichert. Kurz verkörperte somit sowohl parteiintern als auch in der Öffentlichkeit einen inhaltlichen und stilistischen Neuanfang.

Nach außen hin setzte Kurz stark auf seine persönliche Popularität. Die ÖVP nannte ihre Wahlliste offiziell „Liste Sebastian Kurz – Die neue Volkspartei“ und präsentierte sich nach der Nominierung durch Sebastian Kurz konsequent in der Farbe Türkis.

Der junge ÖVP-Spitzenkandidat nutzte im Wahlkampf eine innovative Kommunikationsstrategie, die seiner Kampagne bewusst Züge einer gesellschaftlichen Bewegung gab. Er repräsentierte damit eine Absetzung gegen die österreichische Tradition langjähriger großer Koalitionen und festen etablierten Proporz, die viele Österreicher nicht länger miterleben möchten. Obgleich die ÖVP seit bereits 30 Jahren durchgehend an der Regierung beteiligt ist, wurde dieses Versprechen von den Wählern goutiert.

Die ÖVP-FPÖ-Koalition

In seiner Regierungserklärung nannte der neue Bundeskanzler „drei Bekenntnisse“ seiner Regierung: Zur eigenen Vergangenheit, zu Europa und zu einem neuen Stil. Zumindest mit den ersten beiden Punkten wandte sich Kurz an die Kritiker einer Koalition mit der FPÖ. Die 1955 gegründete Freiheitliche Partei Österreichs profilierte sich seit den 1980er-Jahren unter ihrem damaligen Vorsitzenden Jörg Haider als nationalliberale bis nationalistische Partei. In den 1990-Jahren erlebte die Partei einen bemerkenswerten Aufschwung, der sie 1999 zur zweitstärksten Partei machte und sie in eine Koalition mit der ÖVP führte.

Aufgrund der häufigen antisemitischen und rassistischen Äußerungen der damaligen FPÖ-Politiker wurde die Regierungsbeteiligung der FPÖ im In- und Ausland

heftig kritisiert. Die damaligen EU-Staaten beschlossen, ihre Beziehungen zu Österreich zu reduzieren. Wien verstand dieses Vorgehen als Sanktionen. In Österreich selbst kam es zu Demonstrationen.

Eine vergleichbare Reaktion gab es in dieser Dimension beim Antritt der aktuellen Regierung nicht, obwohl auch dieses Mal rund 5.000 Österreicher beim Amtsantritt der Regierung protestierten. Die FPÖ hat sich von offen antisemitischem und rassistischem Gedankengut getrennt und betreffende Mitglieder häufig ausgeschlossen. Auch ihre EU-kritische Haltung hat die FPÖ zuletzt abgeschwächt. Der Parteivorsitzende Strache, der seit dem Parteiausschluss Haider im Jahr 2005 an der FPÖ-Spitze steht, bemühte sich in den Oppositionsjahren, aus der FPÖ eine regierungsfähige Partei zu machen.

Trotzdem bleibt die Partei unter kritischer Beobachtung. Strache, wie auch andere Mitglieder der Parteiführung, waren Mitglieder von deutschnationalen Burschenschaften und haben sich von dieser Vergangenheit nicht immer vollständig distanziert. Mit ihren polemischen und teils überzogenen Aussagen zu einer vermeintlichen kulturellen Überfremdung und Bedrohung Österreichs durch den Islam versucht die Partei weiterhin, im nationalistischen Milieu Stimmen zu gewinnen.

Dem neu gewählten Bundeskanzler Kurz obliegt es nun, die Regierungsbeteiligung der FPÖ im In- und Ausland zu erklären und zuweilen auch zu verteidigen. Dem jungen Kanzler ist dabei die Rolle von Symbolen bewusst: Am ersten Tag nach seiner Angelobung reiste Kurz nach Brüssel und traf sich dort mit den Präsidenten der drei europäischen Institutionen. Von einer pro-europäischen Regierung, die nun an ihren Taten gemessen werden müsse, sprach Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker im Anschluss an das Treffen. „Ich habe Vertrauen in Kurz,“ sagte Juncker.

In der türkis-blauen Koalition wird die ÖVP acht, die FPÖ sechs Minister stellen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY

MATHIAS KOCH

Dezember 2017

www.kas.de/bruessel

Auf Seiten der Volkspartei sind dies neben dem Bundeskanzler der Finanzminister (Hartwig Löger), die Wirtschaftsministerin (Margarete Schramböck), der Justizminister (Josef Moser), die Umwelt- und Landwirtschaftsministerin (Elisabeth Köstinger), den Bildungs- und Wissenschaftsminister (Heinz Faßmann) und die Familienministerin (Juliane Bogner-Strauß). Dazu kommt der wichtige Kanzleramtsminister (Gernot Blümel), ein enger Vertrauter von Bundeskanzler Kurz. Aufgrund der Regierungsbeteiligung der europakritischen FPÖ wurde die EU-Politik vom Außenministerium in das Kanzleramt verlagert.

Die Besetzung der Ministerämter ist insofern bemerkenswert, als dass Kurz einerseits auf junge Vertraute, andererseits auf parteilose Quereinsteiger setzt. In dieser Besetzung spiegelt sich die große Autonomie wider, die Kurz bei der Auswahl seiner Kabinettsmitglieder genoss. Die Besetzung des Wirtschaftsministeriums scheint jedoch ein Kompromiss mit den nach wie vor einflussreichen ÖVP-Landesverbänden gewesen zu sein. Die neue Ministerin Schramböck wird von der Tiroler ÖVP unterstützt. Sie ist zugleich eine enge Vertraute der niederösterreichischen Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP).

Die FPÖ stellt neben dem Vizekanzler (Heinz-Christian Strache) den Innenminister (Herbert Kickl), die Außenministerin (Karin Kneissl), den Verteidigungsminister (Mario Kunasek), den Verkehrsminister (Norbert Hofer) und die Ministerin für Soziales und Gesundheit (Beate Hartinger). In den Händen der FPÖ liegen somit die drei Hoheitsministerien für Inneres, Äußeres und Verteidigung, was von Seiten politischer Beobachter teils kritisch bemerkt wurde. Für Kurz wird es eine besondere Herausforderung, hier ausgleichend einzugreifen, da es anders als in Deutschland keine Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers gibt. Seinen Einfluss in den Ministerien könnte kurz über die dortigen Generalsekretäre ausüben.

Dass die türkis-blaue Einigung noch im Jahr 2017 zustande kam, ist vor allem in Hinblick auf die Landtagswahlen in Niederösterreich am 28. Januar 2018 bedeutsam. Das Bundesland wurde seit 1992 von Erwin Pröll (ÖVP) regiert, bis dieser das Amt 2017 an Mikl-Leitner übergab. Mikl-Leitner wird nun versuchen, die von Pröll errungene absolute Mehrheit zu verteidigen.

Das Regierungsprogramm

Außen- und Europapolitik

Maßstab für das internationale Handeln der Regierung würden die Interessen Österreichs und seiner Bevölkerung sein, stellt das Regierungsprogramm klar, um bereits im übernächsten Satz zu ergänzen: „Unser Heimatland ist integraler Teil der Europäischen Union und der gemeinsamen Währung Euro.“

Österreich wolle sich aktiv in die Gestaltung der EU einbringen. Im Mittelpunkt der österreichischen Europapolitik soll das Prinzip der Subsidiarität stehen, wonach die EU nur in den Bereichen tätig werden darf, in denen sie effizienter handeln kann als die Mitgliedsstaaten. Die Regierung bekennt sich zum vierten der im Weißbuch zur Zukunft Europas präsentierte Szenarien, wonach die EU in wichtigen Bereichen stärker werden, sich bei anderen Themen jedoch zurücknehmen soll („Weniger, aber effizienter“). Österreich wird in der zweiten Jahreshälfte 2018 die rotierende Präsidentschaft des Europäischen Rates übernehmen. Die Regierung möchte dies nutzen, „um zu einem Kurswechsel in der EU hin zu mehr Bürgernähe beizutragen,“ so das Regierungsprogramm. In Anbetracht jüngster Umfragen, die eine niedrige Beliebtheit der EU bei den österreichischen Bürgern verzeichnete, wird die Regierung Kurz hier viel Überzeugungsarbeit leisten müssen.

Während beide Parteien, vor allem aber die FPÖ, sich für mehr direkte Demokratie eingesetzt haben, wird eine Abstimmung über die Zukunft Österreichs in der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
MATHIAS KOCH

Dezember 2017

www.kas.de/bruessel

EU oder anderen internationalen Organisationen explizit ausgeschlossen.

Über die EU-Politik hinaus will die Regierung die „Entspannungspolitik zwischen dem Westen und Russland vorantreiben.“ Vor allem die FPÖ pflegt rege Kontakte zu Russland und der Regierung von Präsident Wladimir Putin. Für die Türkei sieht das Regierungsprogramm ein „Nachbarschaftskonzept“ vor. Ein EU-Beitritt der Türkei wird abgelehnt.

Die neue Regierung bekennt sich zur international akzeptierten Zweistaatenlösung im Nahost-Konflikt. Die Beziehungen zum Land Israel werden durch die Regierungsbeteiligung der FPÖ erneut vor eine Belastungsprobe gestellt, auch wenn sich hier Verbesserungen abzeichnen. Während der ÖVP-FPÖ-Koalition Anfang ab 1999 lehnte es die israelische Regierung ab, in direkten Kontakt mit FPÖ-Ministern zu treten. Der israelische Premierminister Netanjahu erklärte, seine Regierung werde die FPÖ intensiv beobachten und diese nach wie vor bestehende Regelung gegebenenfalls überprüfen.

Nicht unerheblich in dieser Frage wird die Besetzung des Außenministeriums durch die parteiunabhängige Karin Kneissl sein. Die in der Öffentlichkeit als Nahost-Kommentatorin bekannte Kneissl wurde von der FPÖ als Ministerin vorgeschlagen. In einem Buch aus dem Jahr 2014 äußerte sich Kneissl kontrovers zu Zionismus, den sie als „an den deutschen Nationalismus angelehnte Blut-und-Boden-Ideologie“ beschrieb. Kneissl sagte, sie habe sich auf den Nationalismus des 19. Jahrhunderts bezogen und keinen Vergleich zum Nationalsozialismus ziehen wollen. Auch in anderen Kontexten äußerte sich Kneissl bisweilen kontrovers.

Asyl und Migration

Der Themenkomplex Asyl und Migration dominierte den Wahlkampf. Gerade der damalige Außenminister Kurz nutzte die emotionale Aufladung des Themas für seine Kampagne. Wiederholt forderte er,

nach der Balkanroute auch die Mittelmeerroute zu schließen und Flüchtlinge in ihre nordafrikanischen Herkunftsländer zurückzubringen. Ebenso warb Kurz für eine weitreichende Streichung von Sozialleistungen für Zuwanderer. Diese Positionierung veranlasste den FPÖ-Spitzenkandidaten Strache zur Bemerkung, 60 Prozent der Wähler hätten das freiheitliche Programm gewählt, eine Anspielung auf das addierte Ergebnis der ÖVP und der FPÖ.

Das Regierungsprogramm der beiden Parteien sieht drastische Einschnitte für Asylsuchende vor. Diese müssen zum Zeitpunkt der Antragstellung ihr Bargeld abgeben. Auch Handys müssen abgegeben werden, um von den Behörden bei der Identitätsfeststellung genutzt werden zu können. Asylsuchende sollen nur mehr Sachleistungen erhalten; eine individuelle Unterbringung wird ausgeschlossen.

Die neue Regierung legt laut Regierungsprogramm Wert darauf, dass in Europa zunächst eine befriedigende Lösung im Kampf gegen illegale Migration gefunden wird. In Abwesenheit einer solchen Lösung soll „das Thema Asyl und Migration im europarechtlichen Rahmen in österreichischer Kompetenz bleiben.“ Im Falle einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik solle Österreich „entlastet“ werden.

Im Bereich Integration sieht das Regierungsprogramm vor, dass „Eltern mit Migrationshintergrund“ in Zukunft zu „Integrationsmaßnahmen“ (z.B. Besuchen von Elternsprechtagen) verpflichtet werden können.

Bildung und Wissenschaft

Für den Eintritt in die Schule werden ausreichende Deutschkenntnisse als verbindliche Bedingung eingeführt. Wer beim Schuleintritt keine ausreichenden Deutschkenntnisse besitzt, wird zunächst in gesonderten „Deutschklassen“ unterrichtet.

Auch der Schulaustritt soll an stärkere Bedingungen geknüpft werden. So sieht

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY

MATHIAS KOCH

Dezember 2017

www.kas.de/bruessel

das Regierungsprogramm vor, dass das Schulsystem erst nach Erfüllung einer „Bildungspflicht“ verlassen werden kann. Konkret müssen Schüler erst gewisse Kompetenzen in den Kernbereichen Lesen, Schreiben und Rechnen erworben haben, bevor sie die Schullaufbahn beenden dürfen. Andernfalls müsse eine gesonderte Förderklasse besucht werden.

Bereits während der Verhandlungen wurde bekannt, dass sich die Parteien auf eine vollständige Rückkehr zu einer fünfteiligen Notenskala in allen Schultypen geeinigt haben. Die Regierung bekennt sich in ihrem Programm darüber hinaus „zum differenzierten Schulwesen.“ Ziel sei es, „die einzelnen Schultypen in ihrem Profil zu stärken.“ Auch Sonderschulen sollen erhalten bleiben.

Für die Hochschulen sieht das Programm „moderate Studienbeiträge“ vor. Auch sollen aktuell stark nachgefragt Studienfächer durch veränderte Zulassungsbedingungen entlastet werden. Darüber hinaus soll bei manchen Fächern eine „europarechtskonformen Umsetzung des Herkunftslandprinzips für die Universitätszulassung“ gesucht werden. Der Unterschied zwischen Universitäten und Fachhochschulen soll wieder deutlicher zum Tragen kommen.

Die Regierung setzt sich zum Ziel, die Ausbildung, vor allem im Rahmen von Hochschulen, stärker an der gesellschaftlichen Bedeutung der verschiedenen Fächer zu orientieren.

Steuern und Verwaltung

Eine umfassende steuerliche Entlastung der Bürger nannte Kurz bei der Vorstellung des Regierungsprogramms als eine der Hauptprioritäten der neuen Koalition. Das von den Parteien als „Familienbonus plus“ bezeichnete Vorhaben sieht vor, Familien pro Kind mit bis zu €1.500 zu entlasten. Diese Summe soll direkt von der jährlichen Steuerschuld abgezogen werden. Rund ein Drittel der Österreicher verdient jedoch nicht genug, um Einkommenssteuern zu zahlen, und würde

somit nicht von dieser Entlastung profitieren.

Geplant sind auch eine Senkung der Unternehmensbesteuerung sowie mehr Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen.

Finanziert werden sollen diese Steuer-senkungen durch eine umfassende Verwaltungsreform und Entbürokratisierung. So spricht das Regierungsprogramm von „Effizienzpotenzialen“ in der Höhe von mehreren Milliarden Euro. Neue Schulden sollen nicht gemacht werden. Vielmehr plant die Regierung, eine Schuldenbremse in die Verfassung einzuschreiben.

Insgesamt setzt sich die Regierung zum Ziel, die österreichische Wirtschaft durch umfassende Deregulierung zu stärken. So sollen beispielsweise Regeln zur Arbeitszeit liberalisiert werden. Die tägliche Höchstarbeitszeit soll von 10 auf 12 Stunden steigen, sodass wöchentlich bis zu 60 Stunden möglich würden. Entscheidungen zur Arbeitszeitgestaltung sollen vermehrt auf betrieblicher Ebene getroffen werden.

Innere Sicherheit

Die Regierungsparteien wollen 2.100 neue Planstellen bei der Polizei schaffen, sowie 2.000 neue Ausbildungsplätze für Polizisten.

Geplant ist ebenso ein umfassender Ausbau der staatlichen Überwachung, obgleich diese im internationalen Maßstab eher moderat bleibt. Das Regierungsprogramm spricht von der „Einführung von zukunftsorientierten Ermittlungsmethoden“ und nennt Gesichtsfeldererkennung und Big-Data-Analysen als Beispiele. Anstelle einer umfassenden Vorratsdatenspeicherung soll es das sogenannte Quick-Freeze-Modell geben. Dabei kann die Staatsanwaltschaft bei einem Anfangsverdacht gegen einen Betroffenen zunächst anordnen, dass die Kommunikationsdaten gespeichert werden. Später entscheidet ein Richter darüber, ob die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

gespeicherten Daten genutzt werden dürfen.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
MATHIAS KOCH

Für Streit zwischen den Koalitionspartnern könnte schon bald die Frage nach einem Bundestrojaner sorgen. Diese Software, die direkt auf betreffenden Geräten installiert wird, erlaubt das Auslesen auch verschlüsselter Kommunikationswege. Das Regierungsprogramm spricht allgemein nur davon, dass „Lücken bei der Überwachung internetbasierter Telekommunikation“ geschlossen werden müssten.

Dezember 2017

www.kas.de/bruessel

Im Bereich Sicherheit und Überwachung scheinen sich die Koalitionspartner entgegen gekommen zu sein. Die FPÖ konnte ihre detaillierten Vorstellungen im Bereich Polizei durchsetzen, musste aber ihren Widerstand gegen mehr Überwachung aufgeben. Bezeichnenderweise wird es die Aufgabe des FPÖ-Innenministers Herbert Kickl, die beschlossenen Maßnahmen umzusetzen.

Anhang: Das Kabinett Sebastian Kurz

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
MATHIAS KOCH

Dezember 2017

www.kas.de/bruessel

 <p>Bundeskanzler – Sebastian Kurz (ÖVP)</p>	<p>Sebastian Kurz (*27. August 1986 in Wien) legte 2004 in Wien seine Matura mit Auszeichnung ab. Nach seinem Präsenzdienst beim österreichischen Bundesheer studierte er Rechtswissenschaften an der Fakultät der Universität Wien, schloss sein Studium aber nicht ab. Kurz ist seit 2003 Mitglied der Jungen Volkspartei (JVP) und wurde 2009 zum Bundesobmann der JVP gewählt. Von 2010 bis 2011 war er Abgeordneter zum Wiener Gemeinderat und Landtag, bevor er im Juni 2011 im Alter von 24 Jahren Integrationssekretär beim Bundesministerium für Inneres wurde. Er war ab 2013 Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres, bis er im Mai 2017 zum Bundesparteiohmann der ÖVP gewählt und als Resultat des guten Wahlergebnisses im Dezember zum Bundeskanzler ernannt wurde.</p>
 <p>Vizekanzler und Bundesminister für Beamte und Sport – Heinz-Christian Strache (FPÖ)</p>	<p>Heinz-Christian Strache (*12. Juni 1969 in Wien) machte nach der Volks- und Hauptschule eine Ausbildung zum Zahntechniker und gründete nach einem abgebrochenen Studium der Geschichtswissenschaften an der Universität Wien ein zahntechnisches Unternehmen. Nach 14 Jahren als Wiener Stadt- und Landespolitiker (1991-2005) wurde er 2005 nach einem internen Machtkampf gegen Jörg Haider zum Bundesparteiohmann der FPÖ gewählt. Obwohl die Umfragewerte der FPÖ nach Haiders Weggang zunächst einbrachen, gelang es Strache, die FPÖ in den Oppositionsjahren wieder an das Rekordergebnis des Jahres 1999 heranzuführen.</p>
 <p>Kanzleramtsminister für EU, Kunst, Kultur und Medien – Gernot Blümel (ÖVP)</p>	<p>Gernot Blümel (*24. Oktober 1981 in Wien) schloss 2009 sein Studium der Philosophie ab und studierte daraufhin Business Administration an der Wirtschaftsuniversität in Wien. Er ist seit 2006 im Bundesvorstand der JVP tätig. Außerdem fungierte er als Referent im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und war drei Jahre Vizepräsident der Jungen Europäischen Volkspartei. Im Dezember 2013 wurde er vom Bundesparteivorstand der ÖVP zum Generalsekretär bestellt und ist seit Oktober 2015 Landesparteiohmann der Wiener ÖVP.</p>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
MATHIAS KOCH

Dezember 2017

www.kas.de/bruessel



**Bundesminister für
Verkehr, Innovation
und Technologie -
Norbert Hofer (FPÖ)**

Norbert Hofer (*2. März in Vorau, Steiermark) war als Flugtechniker tätig. Seit 2005 ist er einer der Stellvertretenden Bundesparteiobmänner der FPÖ sowie seit 2006 Stellvertretender Landesparteiobmann der FPÖ Burgenland. Von 2006 bis 2017 war er Abgeordneter zum Nationalrat und ab 2013 zugleich Dritter Präsident des Nationalrates.



**Bundesminister für Fi-
nanzen -
Hartwig Löger
(Parteilos)**

Hartwig Löger (*15. Juli 1965 in Selzthal, Steiermark) kam nach Abbruch seiner Offiziersanwärterausbildung durch Zufall in die Versicherungsbranche. Er stieg seit 2002 in der UNIQA Insurance Group bis zum Vorstandsvorsitzenden der UNIQA Österreich auf. Im Dezember 2017 wurde er als Parteiloser von der ÖVP für das Amt des Bundesministers für Finanzen nominiert.



**Bundesminister für
Landesverteidigung
und Sport -
Mario Kunasek (FPÖ)**

Mario Kunasek (*29. Juni 1976 in Graz, Steiermark) erlernte nach dem Besuch der Pflichtschule den Beruf des KFZ-Technikers. Seit 1995 ist er Soldat des Bundesheeres und hat momentan den Rang eines Stabsunteroffizieres. Seine politische Karriere begann er 2004 als Bezirksobmann des Ringes Freiheitlicher Jugend und ist nun Abgeordneter der FPÖ zum Steiermärkischen Landtag. Davor war er als Abgeordneter zum Nationalrat tätig.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
MATHIAS KOCH

Dezember 2017

www.kas.de/bruessel



**Bundesministerin für
Wissenschaft, For-
schung und Wirtschaft
- Margarete Schram-
böck (Parteilos)**

Margarete Schramböck (*12. Mai 1970 in St. Johann, Tirol) studierte Betriebswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität in Wien und promovierte dort mit einer Dissertation über Unternehmensberatung. Anschließend studierte sie Business Administration mit dem Abschluss als Master. Bevor sie die Geschäftsführung der NextiraOne in Österreich und anschließend zusätzlich die Leitung der NextiraOne Deutschland übernahm, war sie beispielsweise als interne Auditorin für Zentral- und Osteuropa und als Leiterin der technischen Abteilungen und des Vertriebs für Alcatel tätig. 2016 übernahm sie die Leitung der A1 Telekom Austria, bis sie als Parteilose von der ÖVP zur Bundesministerin nominiert wurde.



**Bundesminister für
Inneres -
Herbert Kickl (FPÖ)**

Herbert Kickl (*19. Oktober 1968 in Villach, Kärnten) studierte Publizistik, Politikwissenschaften und Philosophie sowie Geschichte. Er war als Mitarbeiter der Freiheitlichen Akademie mit den Spezialgebieten Wahlkampfinghalte und -organistaion tätig, bis er zuerst zum Stellvertretenden Geschäftsführer und dann zum Geschäftsführer der Freiheitlichen Akademie ernannt wurde. Er ist seit 2005 Generalsekretär der FPÖ und zudem Geschäftsführer der „Neuen Freien Zeitung“. Außerdem war er elf Jahre Abgeordneter zum Nationalrat und ist Mitglied des Publizistikförderungsbeirates und Klubobmann-Stellvertreter des Freiheitlichen Parlamentsklubs.



**Bundesminister für Bil-
dung - Heinz Faßmann
(Parteilos)**

Heinz Faßmann (*13. August 1955 in Düsseldorf) studierte von 1974 bis 1980 Geographie und Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien und habilitierte 1991. Seit 2000 ist er Professor für Angewandte Geographie, Raumforschung und Raumordnung an der Universität Wien. Von 2011-2015 war er Vizerektor für Personalentwicklung und Internationale Beziehungen und seit 2015 für Forschung und Internationales an der Universität Wien. Er wurde als Parteiloser von der ÖVP zum Bundesminister für Bildung und Wissenschaft nominiert und trat sein Amt im Dezember 2017 an.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
MATHIAS KOCH

Dezember 2017

www.kas.de/bruessel



**Bundesministerin für
Europa, Integration
und Äußeres
- Karin Kneissl (Partei-
los)**

Karin Kneissl (*18. Januar 1965 in Wien) studierte von 1983 bis 1987 Jura und Arabistik an der Universität Wien. 1990 trat sie in den diplomatischen Dienst des Außenministeriums der Republik Österreich ein und war nach ihrem Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienst als freie Journalistin tätig. Von 1995 bis 2007 hatte sie eine Lehrtätigkeit an mehreren Universitäten inne. Seit Dezember 2017 ist sie auf Vorschlag der FPÖ parteilose Außenministerin. Sie fiel im Rahmen ihrer publizistischen Tätigkeit mehrmals mit kontroversen Aussagen auf und sorgte auch mit ihrem Buch „Mein Naher Osten“ für Aufsehen, da sie in diesem den von Theodor Herzl begründeten Zionismus mit der an den deutschen Nationalismus angelehnten „Blut-und-Boden-Ideologie“ verglich. Außerdem weckte sie größere Aufmerksamkeit mit Äußerungen bezüglich der Flüchtlingskrise und mit ihrer Kritik an Bundeskanzlerin Angela Merkel, an dem EU-Kommissionspräsidenten Juncker sowie an Papst Franziskus I.



**Bundesministerin für
Land- und Forstwirtschaft,
Umwelt und
Wasserwirtschaft -
Elisabeth Köstinger
(ÖVP)**

Elisabeth Köstinger (*22. November 1978 in Wolfsberg, Kärnten) begann 2003 ihr Studium der Publizistik, Kommunikationswissenschaften und der Angewandten Kulturwissenschaften, welches sie aber aufgrund ihrer Tätigkeit als EU-Parlamentarierin abbrach. Von 2009 bis 2017 war sie Mitglied im Europäischen Parlament für die ÖVP. Im Oktober 2017 wurde sie zur Nationalratspräsidentin gewählt, gab dieses Amt jedoch wegen ihres Antrittes als Ministerin zurück. Sie war von Mai bis November 2017 Generalsekretärin der ÖVP.



**Bundesministerin für
Gesundheit und Frauen
und für Arbeit, Soziales,
Gesundheit und
Konsumentenschutz -
Beate Hartinger (FPÖ)**

Beate Hartinger (*9. September 1959 in Graz, Steiermark) studierte Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität in Graz. Bevor sie zur Abgeordneten der FPÖ zum steiermärkischen Landtag und anschließend zum Nationalrat gewählt wurde, war sie in verschiedenen Tätigkeiten in der freien Wirtschaft als Universitätslektorin in Wien und in Graz tätig.



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
MATHIAS KOCH

Dezember 2017

www.kas.de/bruessel

 <p>Kanzleramtsministerin für Familie und Jugend - Juliane Bogner-Strauß (ÖVP)</p>	<p>Juliane Bogner-Strauß (*3. November 1971 in Wagna, Steiermark) schloss ihr Studium der Chemie an der Universität Graz im Jahr 1999 als Magistra ab. Sie promovierte 2002 am Institut für Molekulare Biowissenschaften der Uni Graz und habilitierte sich 2008 auf dem Gebiet der Genomik und der Molekularbiologie. Ihrer Arbeit als Assistenzprofessorin im Bereich Bioinformatik folgte eine Stelle als Assoziierte Professorin und stellvertretende Institutsleiterin der TU Graz. Sie wurde 2017 als Abgeordnete in den Nationalrat gewählt.</p>
 <p>Staatssekretär im Bundesamt für Finanzen - Hubert Fuchs (FPÖ)</p>	<p>Hubert Fuchs (*13. Januar 1969 in St. Johann im Pongau) studierte Rechtswissenschaften und Betriebswirtschaftslehre. In beiden Studien erlangte er auch den Doktorgrad. Beruflich ist er als Steuerberater aktiv. Er war von 2013 bis 2017 Abgeordneter der FPÖ zum Nationalrat und als solcher Obmannstellvertreter des Finanzausschusses und Mitglied im Ausschuss für Landesverteidigung und einigen Unterausschüssen.</p>
 <p>Bundesminister für Justiz - Josef Moser (Parteilos)</p>	<p>Josef Moser (*6. Oktober 1955 in Lienz, Osttirol) studierte von 1976 bis 1981 Rechtswissenschaften an der Uni Wien und promovierte 1981. Von 1992 bis 2003 war er Klubdirektor des freiheitlichen Parlamentsklubs der FPÖ und von 2004 bis 2016 Generalsekretär der Internationalen Organisation der obersten Rechnungskontrollbehörden und Präsident des Rechnungshofes. Er wurde als Parteiloser von der ÖVP zum Bundesminister nominiert.</p>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
MATHIAS KOCH

Dezember 2017

www.kas.de/bruessel

 <p>Staatssekretärin im Bundesministerium für Inneres - Karoline Edtstadler (ÖVP)</p>	<p>Karoline Edtstadler (*28. März 1982 in Salzburg) absolvierte ein Studium der Rechtswissenschaften an der Uni Salzburg. Nach einer Anstellung beim Bezirksgericht Mondsee und beim Landgericht Salzburg wurde sie 2006 Richteramtsanwärterin und 2008 Strafrichtern beim Landesgericht Salzburg. Ende 2011 wechselte sie ins Justizministerium und war anschließend Oberstaatsanwältin der Wiener Korruptionsstaatsanwaltschaft. Seit 2016 ist sie juristische Mitarbeiterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg.</p>
 <p>Regierungssprecher- Peter Launsky- Tieffenthal</p>	<p>Peter Launsky-Tieffenthal (*30. November 1957 in Wien) studierte Rechtswissenschaften und war zunächst im Bankwesen tätig. Nach seinem Eintritt in den auswärtigen Dienst amtierte er zwischen 2000 und 2004 als österreichischer Generalkonsul in Los Angeles. Er war von 2007 bis 2012 als Pressesprecher des Außenministeriums tätig. Ab Mai 2012 war er Leiter der UNO-Hauptabteilung Presse und Information, wurde aber im April 2015 Leiter der Sektion VII (Entwicklung) im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres berufen.</p>

Bildrechte:

© Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

Außer:

Blümel: © Bundeskanzleramt

Löger, Schramböck, Faßmann: © Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Moser: © Alex Halada

Hartinger: © FPÖ-Steiermark